

Montag, 09. Mai 2011 08:39 Uhr

URL: <http://www.allgemeine-zeitung.de/region/mainz/budenheim/10695061.htm>

Allgemeine Zeitung

BUDENHEIM

„Freiwilliges Zusammenwachsen“

05.05.2011 - BUDENHEIM

FUSION Wie sich der Budenheimer Bürgermeister eine gemeinsame Zukunft mit der VG Heidesheim vorstellen könnte

Der Budenheimer Bürgermeister von der CDU erhofft sich, dass durch die neue rot-grüne Landesregierung wieder Bewegung in die Diskussion über die umstrittene Gebiets- und Verwaltungsreform kommt und die Bürgerbeteiligung gestärkt wird. Im Interview mit der AZ unterbreitet Rainer Becker erstmals öffentlich einen Alternativvorschlag zur drohenden Zwangsfusion: Die Verwaltungen der VG Heidesheim und der Gemeinde Budenheim vereinbaren auf freiwilliger Basis eine verbindliche Zusammenarbeit, um nach rund zehn Jahren eine gemeinsame Verwaltung bilden zu können.

Budenheim soll nach dem Willen des Landes seine Selbstständigkeit verlieren. Möglicher Partner ist die VG Heidesheim. Wie sieht nach der Landtagswahl der Diskussionsstand aus?

Über das Thema Gebietsreform habe ich aus den rot-grünen Koalitionsverhandlungen nichts gehört. Aber ich hoffe, dass die Grünen Wort halten, die in ihrem Wahlprogramm die Beteiligung der Bürger versprochen haben. Das muss bedeuten, dass es keine Zwangsfusionen geben darf, sondern der Bürger verbindlich entscheiden muss. Ich setze dabei auch auf die künftige Ministerin Alt, die als Budenheimerin unsere Interessen im Auge behält.

Was passiert derzeit konkret?

Das Innenministerium hat im Februar das Gutachten für Budenheim/Heidesheim in Auftrag gegeben. Leider ist mit Professor Junkernheinrich ein Gutachter ausgewählt worden, der auch die gesamte Gebietsreform des Landes bewertet hat. Damit hat man den Bock zum Gärtner gemacht. Nicht berücksichtigt wurde ein Personalvorschlag, der zwischen Land, der VG Heidesheim und Budenheim abgesprochen war. Der Gemeinderat hat bei der Kommunalberatung Rheinland-Pfalz inzwischen ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben. Ich erhoffe mir durch die Untersuchung, dass Budenheim mit seinen



Rainer Becker (CDU) ist seit 1998 hauptamtlicher Bürgermeister in Budenheim. Seine Amtszeit endet 2014. Foto: privat

BUDENHEIMER PROJEKTE

Golfplatz-Anbindung: Mit dem Bau der Parkallee als Verbindung zwischen Golfplatz und Mainzer Landstraße soll in diesem Jahr begonnen werden. Kosten mit Knotenpunkt an der L 423: 1,64 Millionen Euro.

Zweite Brücke: Die Planungen für eine weitere Anbindungsbrücke für das Industriegebiet (ab neuem Knoten an der L 423 über die Bahn) sind in vollem Gange. Die Straße verläuft entlang der Bahn bis zur Mainzer Straße. Kosten: rund vier Millionen Euro; Baubeginn: Herbst 2013.

Gestaltung des Pausenhofes: Im Sommer soll der Startschuss

8 600 Einwohnern auch weiterhin wirtschaftlich und leistungsfähig arbeiten und daher seine Selbstständigkeit erhalten kann. Die Gutachten sollen bis September vorliegen.

Die Fronten sind verhärtet. Sie schließen eine Klage gegen das Land nicht aus. Ist kein Kompromiss in Sicht?

Der Zeitplan des Landes, der Zwangsfusionen schon 2014 vorsieht, ist nicht umzusetzen. Daher unterbreite ich als Alternativvorschlag eine auf rund zehn Jahre verbindlich festgeschriebene freiwillige Zusammenarbeit der beiden Verwaltungen Budenheim und VG Heidesheim. Dies könnte die Basis für das Zusammenwachsen beider Verwaltungen sein, die derzeit ja auf allen Positionen doppelt besetzt sind. Konkret heißt das, dass keine Verwaltung mehr neues Personal einstellt, sondern beim Ausscheiden eines Mitarbeiters über Aufgabenverlagerungen oder Personalaustausch nachdenkt. Nach zehn Jahren müsste man so eine gemeinsame Verwaltung mit niedrigerem Personalstand gestrickt haben.

Und damit stünde einer Fusion dann doch nichts mehr im Wege?

Wenn die beiden Verwaltungen freiwillig zusammengewachsen sind, könnte letztlich die politische Diskussion über eine Fusion beginnen. Möglich wäre dann eine gemeinsame Verbandsgemeinde Heidesheim/Budenheim, aber auch das Zusammenwachsen zu einer gemeinsamen selbstständigen Gemeinde.

Das Gespräch führte Dieter Oberhollenzer

für die Umgestaltung des Schulhofes der Realschule plus fallen; an der Planung beteiligt ist eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Schule, Verwaltung und Planer. Entstehen soll eine Burglandschaft. Kosten: bis maximal 120 000 Euro.